

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 16.09.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 30. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 13.09.2012****öffentlich****6.6 5. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung (Neufassung)
1704/2012**

RM Moritz geht davon aus, dass nach Verabschiedung des Werbenutzungsvertrages Altkleidercontainer und mobile Werbeträger als unerwünscht betrachtet würden. Dann nämlich gehe es nicht mehr um die Zahlung von Gebühren sondern um Strafen. Ferner könne sie nicht nachvollziehen, warum der federführende Ausschuss, der AVR, nicht als letztes Gremium vor dem Rat in die Beratungsfolge einbezogen worden sei.

SE Dr. Soénius dankt der Verwaltung für die frühzeitige Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange. Dadurch habe auch die IHK Einfluss nehmen können, beispielsweise bei dem Thema Werbeanlagen oder Schalerverkauf. Dennoch lehne er eine generelle Mehrbelastung für die Unternehmen ab. Er wünsche sich aber ebenso wie Frau Moritz, dass beispielsweise abgestellte Fahrzeuge die als Werbeträger fungieren über den Werbenutzungsvertrag mit höheren Strafen belegt würden.

RM Sterck schließt sich im Grunde den Worten seines Vorredners an. Auch er lehne eine Gebührenerhöhung ab, welche alle Konsumenten zu tragen hätten.

Auch Vorsitzender Klipper lehnt die Vorlage ab. Es gebe inzwischen zu viele Verordnungen und Reglementierungen; zumal die von seinen Vorrednern angesprochenen Missstände nicht über eine Gebührensatzung sondern durch Ordnungsrecht geahndet werden sollten. Anschließend stellt er die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln.